

BUCHBESPRECHUNGEN

J. W. BRÜGEL

LUDWIG CZECH, ARBEITERFÜHRER UND STAATSMANN

Mit Beiträgen von Angelica Balabanoff, Julius Deutsch und anderen. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1960. (Auslieferung in der Bundesrepublik durch die Bund-Verlags-Buchhandlung Frankfurt.) 200 S., kart. 9,— DM.

Die Veröffentlichung einer Biographie von Dr. Ludwig Czech (1870—1942), der seit der Jahrhundertwende führend in der österreichischen Sozialdemokratie tätig und von 1920 bis 1938 der leitende Repräsentant der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei war, ist nicht nur ein Stück moralischer Wiedergutmachung an einem Mann, der trotz seiner auch von deutschnationaler Seite anerkannten Verdienste um das Deutschtum ein Opfer der nazistischen Rassenpolitik wurde. Die Darstellung seines Lebens ist zugleich ein Stück Geschichte der mitteleuropäischen Arbeiterbewegung von den neunziger Jahren bis zu ihrer zeitweisen Auslöschung durch Hitler.

Viele bisher unbekannte oder vergessene Details kommen in Brügels Darstellung wieder zum Vorschein. Das wichtigste an dem bedeutenden Buch aber ist die durch zahlreiche Dokumente aus ungedrucktem deutschem Aktenmaterial untermauerte Schilderung der historischen Leistung der deutschen demokratischen Kräfte innerhalb der Tschechoslowakei.

Czech war von 1929 bis 1938 deutsches Mitglied der tschechoslowakischen Regierung und hat sich als solches gewaltige Verdienste, insbesondere als Sozialminister, um eine moderne Sozialpolitik erworben, aber auch in den verschiedenen Ressorts, die er verwaltete, für vorbildliche nationale Gerechtigkeit gegenüber allen den Staat damals bewohnenden Nationen gesorgt.

Hier wird Brügels Buch zur äußerst wertvollen Geschichtsquelle, die an Hand von unwiderlegbaren, aber heute schwer zugänglichen Fakten die grenzenlose Verlogenheit der hitlerischen Verleumdungskampagne gegen die Tschechoslowakei nachweist, die mit allen ihren Fehlern, die der Autor nicht verschweigt, neben der Schweiz bis Ende 1938 die einzige politische Demokratie östlich des Rheins war. Hier kommt die geflissentlich unterdrückte Wahrheit zum Ausdruck, daß Czech z. B. in der Lage war, im Bereich der Jugendfürsorge die absolute nationale Autonomie zu verwirklichen und in der in den Krisenjahren besonders wichtigen Arbeitslosenfürsorge den Grundsatz der nationalen Gerechtigkeit bis in die letzte Einzelheit in die Tat umzusetzen. Da die von der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffenen Exportindustrien vor allem im deutschen Siedlungsgebiet lagen, hatte das für die deutschen Arbeitslosen eine geradezu lebensrettende Bedeutung. Interessant ist auch der ziffernmäßige Nachweis der erstaunlichen Tatsache, daß dank deutscher Regierungsbeteiligung die angeblich „unterdrückten“ Sudetendeutschen bis 1938 ein dichteres Schulnetz hatten als ihre angeb-

lichen tschechischen „Unterdrücker“ und sogar prozentual mehr Schulen als in Deutschland! Das sind Dinge, die für alle jene wichtig sind, die sich ehrlich um die Bewältigung der Vergangenheit bemühen.

H. Klein

OTTO BAUER
EINE AUSWAHL
AUS SEINEM LEBENSWERK

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1961. 339 S., Ln. 98 öS.

Zum 80. Geburtstag des 1938 in der Emigration verstorbenen Führers der österreichischen Sozialdemokratie, Otto Bauer, der zugleich die beherrschende Persönlichkeit in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale der zweiten Vorkriegszeit war, ist der vorliegende Band erschienen, der mit einer knappen, vielleicht zu knapp bemessenen Biographie Bauers einsetzt. Soweit es möglich ist, auf 100 Seiten der vielseitigen, vielschichtigen Persönlichkeit Bauers, des bekanntesten Repräsentanten der „Austromarxismus“ benannten Schule, gerecht zu werden und auch ein Bild der Probleme zu geben, die Bauer sein Leben lang zu meistern bemüht war, ist das *Julius Braunthal* als pietätvollem Jünger des Meisters zweifellos hervorragend gelungen. In anregender Form und in edler Sprache schildert der Biograph die geistige Entwicklung des aus dem fortschrittlichen Bürgertum kommenden Studenten, der als 25jähriger bereits das richtunggebende Werk „*Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie*“ schrieb und bis zum letzten Augenblick, in guten und in bösen Tagen, der Idee, der er sein Leben geweiht hatte, als Redner, Journalist, Parlamentarier, Ideologe und Historiker diente. Im November 1918, nach der Rückkehr aus der russischen Kriegsgefangenschaft, die ihm tiefen Einblick in die Problematik des Bolschewismus gab, wurde Bauer Außenminister der neugegründeten österreichischen Republik, aber er legte dieses sein einziges Regierungsamt nach acht Monaten nieder, als seine Vorstellungen über den Anschluß des neuen Österreichs an ein von sozialistischen Kräften geformtes Deutschland am Veto der Sieger scheiterten.

Braunthal zerstört in seiner Biographie einige Legenden, so z. B. die, daß das von Bauer formulierte „*Linzer Programm*“ seiner Partei (1926) die gewaltsame Machtübernahme des Proletariats verlangte, oder daß Bauers angeblicher Radikalismus 1933/34 eine Verständigung mit den im Lande herrschenden Christlichsozialen verhinderte, so daß es zu der Katastrophe der österreichischen Arbeiterbewegung kommen mußte, die die Eingliederung des Landes ins Dritte Reich früher oder später naturnotwendig im Gefolge hatte. Hier

wird bewiesen, daß Bauer bereit war, im Interesse der Fernhaltung des Nationalsozialismus bis an die Grenzen eines möglichen Kompromisses mit *Dollfuß* zu gehen, der aber sich und das Land bereits an *Mussolini* verkauft hatte.

Was der Niederlage von 1934 folgte, waren bittere und enttäuschende Jahre in der Emigration, in denen sich Bauers Hoffnungen nicht erfüllten, der russische Bolschewismus werde sich demokratisieren und es werde zumindest zu einem Waffenstillstand zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus kommen. Das ist auch der einzige Punkt, in dem der Biograph, der freilich den Vorteil hat, die letzten 22 Jahre miterlebt zu haben, sich mit dem Meister nicht identifiziert. Die Tatsache, daß Bauer sich in der Bewertung der Möglichkeiten einer Wandlung in Rußland geirrt hat, bedeutet aber nicht, daß er je irgendwelche ideologische Kompromisse mit dem Bolschewismus einzugehen bereit gewesen wäre. Er hat mit ihm seit 1917 geistig gerungen, und er hat in den verschiedensten Variationen im Laufe der Jahre seine Parole „Das ist nicht unser Weg!“ wiederholt. Als ihm *Dollfuß* einmal im Parlament (1932) „Sie sind ein Bolschewik!“ zurief, hat er mit einem denkwürdigen Aufsatz „Wir Bolschewiken“ geantwortet, in dem die großartigen Formulierungen stehen: „Was mich vom Bolschewismus scheidet ... ist etwas Grundsätzliches, etwas, was in meiner ganzen Auffassung der Entwicklung der menschlichen Kultur begründet ist: ist meine Schätzung des unersetzlichen Wertes der individuellen, der geistigen Freiheit.“

Man muß den Herausgebern des Bandes dankbar sein, daß sie diesen Aufsatz zur Gänze in die den größeren Teil des Buches bildende Auswahl aus Otto Bauers Schriften aufgenommen haben, die die Vielseitigkeit seiner Interessen, den umfassenden Charakter seines Wissens und seine ungewöhnliche Fähigkeit widerspiegelt, komplizierte Dinge allgemeinverständlich zu erklären.

Der Band enthält u. a. philosophische und soziologische Aufsätze, sodann eine Reihe politischer Porträts (Viktor Adler, Bebel, Mas Adler, Ignaz Seipel, Julius Martow), ferner Beiträge zur Zeitgeschichte sowie Aufsätze zur Tagespolitik und zu Parteiproblemen. Der Kenner der Materie wird in der Sammlung manches vermissen; das ist unvermeidlich. Trotzdem sollte man es bei diesem einen Versuch, klassische Auseinandersetzungen der Vergessenheit zu entreißen, nicht bewenden lassen. Eine kritische Biographie Otto Bauers, für die dieser Gedenkband die unerläßliche Vorarbeit leistet, wird freilich erst geschrieben werden können, wenn man zu den in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts handelnden Personen etwas mehr zeitlichen Abstand gewonnen hat.

Dr. J. W. Brügel

DIETRICH STORBECK

ARBEITSKRAFT UND BESCHÄFTIGUNG
IN MITTELDEUTSCHLAND

Eine Untersuchung über die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials und der Beschäftigung von 1950 bis 1965. Dortmund Schriften zur Sozialforschung, Band 18. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1961. 104 S., kart. 12 DM.

Das der Untersuchung vorangestellte Vorwort von Prof. Ipsen weist darauf hin, daß das hier bearbeitete Arbeitskraftproblem diesseits und jenseits der Zonengrenze besteht; dort allerdings in besonderer Eindringlichkeit.

Der Verfasser teilt seine Schrift in drei Hauptteile, denen ein instruktiver statistischer Anhang beigelegt ist. Die totale Entwicklung für das Gebiet der SBZ wird an Hand der sich laufend verschiebenden Relationen zwischen den Jahrgängen unter 15 Jahren, den Jahrgängen im arbeitsfähigen Alter und den Jahrgängen im Rentenalter analysiert. Ferner untersucht er die Beschäftigungsentwicklung und die Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials als Folge der in Mitteldeutschland praktizierten sowjetischen Wirtschaftspolitik.

Der besondere Wert dieser Untersuchung liegt im zweiten Hauptteil, in dem die regionale Entwicklung nach Bezirken eingehend beleuchtet wird. Hier hatte hervorgehoben werden können, daß die seit Juli 1952 bestehende Bezirkseinteilung einseitig von der Wirtschaftsstruktur her bestimmt ist, was am deutlichsten in dem geographisch unglücklich gebildeten Bezirk Rostock zum Ausdruck kommt. Die Bezirke Rostock und Potsdam weisen die größten Fluchtquoten auf, zugleich hatte jedoch der Bezirk Potsdam neben dem Bezirk Frankfurt den größten Zuwachs aus der Binnenwanderung, während von dieser Wanderung negativ am stärksten die Bezirke Chemnitz und Neubrandenburg betroffen wurden. Der relative Wert solcher Quotenberechnung ergibt sich daraus, daß trotz des stark negativen Binnenwanderungsergebnisses für Neubrandenburg die Industrieentwicklung im selben Bezirk in derselben Zeit (1953 bis 1958) mit einem Zuwachs von 14,6 vH nach der des Bezirks Erfurt mit 16,2 vH eine beachtliche Steigerung aufweist. Auf den ersten Blick scheint beides unvereinbar und erklärt sich nur aus der unterschiedlichen Größe der jeweiligen Berechnungsbasis.

Leider hat der Verfasser den Bezirk Ostberlin nicht in seine detaillierte Darstellung mit einbezogen. Auch die Bedeutung der durch die Existenz Westberlins bedingten Pendelbewegung in beiden Richtungen wurde nicht erwähnt. Dies hätte sich zwar nicht wegen der zahlenmäßigen Bedeutung empfohlen, aber doch wegen des besonderen politischen Charakters. Trotz dieser Lücken erschließt die Untersuchung in diesem Hauptteil eine Fülle neuer Gesichtspunkte.

Auch den Ausblick auf die zukünftige Entwicklung offenbart der von guter Sachkenntnis und von Verantwortungsgefühl getragene Verfasser, dessen düsterste Prognose — die vollkommene Isolierung der Zone von Westberlin — inzwischen ja bittere Wirklichkeit geworden ist. Die künftige Beschäftigungsentwicklung an Hand des Siebenjahrplanes darzustellen, bot sich zwangsläufig an, war jedoch von vornherein mit all den in dieser Planung liegenden Unsicherheiten behaftet. Am Fazit — einem nicht zu deckenden Fehlbedarf von mindestens 600 000 Arbeitskräften — dürfte sich jedoch kaum etwas ändern; denn die Überalterung der Bevölkerung, die bereits heute fast völlig ausgeschöpften Reserven an Arbeitskräften, die Unmöglichkeit zu einem entscheidenden Ersatz der Handdurch Maschinenarbeit, die Unmöglichkeit der Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte in nennenswertem Umfange und nicht zuletzt der die Arbeitslust und den Arbeitseifer nicht fördernde politische Druck werden das auch in Zukunft verhindern, solange das jetzige System beibehalten wird.

Dr. H. Meter

DIE SOZIALREFORM

Dokumente und Stellungnahmen. Herausgeber: Dr. jur. Mas Richter. Asgard-Verlag, Bad Godesberg, begonnen 1955.

1955 erschien als Hilfsmittel in der Diskussion um die Sozialreform erstmals die Sammlung „Die Sozialreform“, die „Dokumente und Stellungnahmen, die auf die Neuordnung der sozialen Leistungen Bezug haben, nach *Urhebern* geordnet“ zusammenfaßt. „Die Anordnung des Materials nach *Urhebern*, die eine vertikale Gliederung des Stoffes darstellt, soll mit Hilfe *vergleichender Übersichten* (*Synopse*) durch die horizontale Betrachtung ergänzt werden.“

Diese doppelte Unterteilung in einzelne Materialien und ihre zeitliche synoptische Zuordnung ermöglicht es, jeweils den Gesamtstand der Fragen einzubeziehen. In nunmehr sechs Jahren ist die Sammlung auf sieben Bände angewachsen, in denen der sozialpolitische Facharbeiter neben dem Ahlener Programm der CDU den Sozialplan der SPD, die verschiedenen Regierungserklärungen, Resolutionen und Ausarbeitungen von Verbänden, Körperschaften, Institutionen, wissenschaftlichen oder politischen Gremien und von Einzelpersonen, so z. B. „Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan“ von 1952 des leider verstorbenen Kieler Bevölkerungswissenschaftlers und Statistikers *Gerhard Mackenroth* — um nur einiges zu nennen — finden wird. „Um der Übersichtlichkeit willen“, meinte allerdings der Herausgeber und Verlagsleiter Dr. *Max Richter*, „kann sie ...“

nur Äußerungen von erkennbar *grundsätzlicher* Bedeutung berücksichtigen. Auch wird bei besonders umfangreichen Verlautbarungen gelegentlich eine — die sachlichen Erfordernisse respektierende — *inhaltliche* Zusammenfassung am Platze sein“, ein Beginnen, dem man, da sachlich und fachlich verantwortungsvoll gehandhabt, auch aus Raumgründen zustimmen kann. Wer die ungekürzte Fassung einsehen will, für den ist die Fundstelle oder Verlag und Erscheinungsjahr angegeben.

Die im August 1961 erschienene 24. Lieferung enthält umfangreiches Material zum Bundessozialhilfegesetz. Der Verlag bemüht sich also, wie man sehen kann, auch um Aktualität; das Gesetz war Anfang Mai 1961 verabschiedet worden. Wir finden ferner Material zum Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle und zum Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer sowie sozialpolitische Entschlüsse und Pläne von Parteien und Verbänden für die Bundestagswahlen im September 1961.

Die Sammlung ist ein wichtiges Nachschlagewerk geworden, das eine schnelle Auffindung der verschiedenen Verlautbarungen zur Sozialpolitik und Sozialreform ermöglicht. Sie ist gleichzeitig für den Historiker eine Fundgrube und für den Sozialpolitiker ein Wegweiser über Möglichkeiten und Umfang sozialer Aktion.

Annemarie Zimmermann

HANS J. TEUTEBERG

GESCHICHTE DER INDUSTRIELLEN MITBESTIMMUNG IN DEUTSCHLAND

Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1961. XX und 587 S., brosch. 45 DM, Ln. 50 DM.

Die umfangreiche Arbeit Hans Jürgen Teutebergs ist der dritte und letzte Band der von der *Sozialforschungsstelle Dortmund* veröffentlichten Untersuchungen zur deutschen Betriebsverfassung. Im Gegensatz zu der ersten Untersuchung von *Neuloh*, die den soziologischen Standort der deutschen Montanmitbestimmung zu erfassen suchte, verfolgt die vorliegende Arbeit das Ziel, Ursprung und Entwicklung der Vorläufer unserer heutigen Mitbestimmung aufzuzeigen. Der Haupttitel des Buches trifft somit nicht ganz den eigentlichen Untersuchungszweck. — Offenbar hat der Verfasser sich andererseits aber auch mehr vorgenommen, wenn er „die verschütteten geistesgeschichtlichen Verbindungen zur gegenwärtigen sozialen Betriebsverfassung aufzeigen“ will. Ausgehend von den ersten Vorstellungen der Sozialreformer über eine „konstitutionelle Fabrik“ und endend mit dem Hilfschenstgesetz von 1916 schildert er eine Fülle von Bei-

spielen freiwillig und gesetzlich beschränkter Unternehmervgewalt. Man wird Teuteberg gewiß in der Feststellung zustimmen, daß es sich dabei um praktische Versuche handelte, die Arbeiterschaft an der Gestaltung der Betriebe teilhaben zu lassen; indessen muß man seiner Ansicht, die heutige Mitbestimmung lasse sich ohne weiteres auf jene Vorformen zurückführen, entschieden widersprechen. — Unsere gegenwärtige Mitbestimmung ist vielmehr von anderer Qualität. Sie bedeutet nicht nur ein quantitatives „Mehr“ an Rechten der Arbeitnehmer, sondern sie macht den Unternehmer erstmals in seinen Dispositionen abhängig von der Zustimmung der „anderen Seite“. Das aber ist nicht aus einer bloßen geschichtlichen Weiterentwicklung früherer konstitutioneller Betriebsverfassungen zu erklären, sondern stellt einen wahrhaft revolutionären Akt dar. — Wie sehr unsere heutige Montanmitbestimmung von jenen „mitbestimmungspoloiden“ Frühformen, aber auch von der Betriebsverfassung in den übrigen deutschen Wirtschaftszweigen abweicht, lassen am besten die Angriffe erkennen, denen sie von seiten der Unternehmer in letzter Zeit ausgesetzt wurde.

Der Versuch Teutebergs wird verständlich, betrachtet man den Mitbestimmungsbegriff, von dem er ausgeht. Für ihn ist Mitbestimmung nicht etwa gleichberechtigte Teilhabe an den unternehmenspolitischen Entscheidungen, sondern lediglich die Summe aller Rechte, „die dem Arbeitnehmer die Möglichkeit geben, auf den dynamischen Ablauf des Wirtschaftsgeschehens einzuwirken“. Mitbestimmung und Mitwirkung werden hier also als identisch verstanden.

Bei dieser Betrachtungsweise können allerdings alle frühgeschichtlichen Formen der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen als Vorläufer der Mitbestimmung angesehen werden. Es fragt sich nur, wieviel aus einer solchen geschichtssoziologischen Deutung für das Verständnis der Probleme *unserer* Mitbestimmung gewonnen wird.

Für denjenigen, der sich mit den vielfältigen Erscheinungsformen der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen zu beschäftigen hat, wird das Buch zu einer Fundgrube. Er erkennt, daß es nicht wenige Unternehmer, Sozialwissenschaftler, Theologen und Politiker gegeben hat, die schon Mitte des vorigen Jahrhunderts die autoritären Formen unserer Betriebsverfassungen aufzulockern suchten. Allerdings ging dieses Bestreben — sieht man von wenigen Experimenten ab — nicht so weit, die Arbeitnehmer auch gleichberechtigt neben dem Unternehmer die Entscheidungen bestimmen zu lassen. Im Gegenteil dienten — wie Teuteberg deutlich macht — die von manchen Unternehmern ins Leben gerufenen „Betriebsvertretungen“ oft in erster Linie dazu, die Rolle der „Gelben“ zu übernehmen und die „illegale“ Arbeiterbewegung an die Wand zu spielen.

Das Buch Teutebergs ist in seiner Gesamtheit eine ausgezeichnete Darstellung frühgeschichtlicher Probleme der deutschen Betriebsverfassung, wie der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen schlechthin. Ob es allerdings auch eine Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland ist, muß bezweifelt werden.
Karl-Heinz Sohn

GEORGE N. HALM
WIRTSCHAFTSSYSTEME

Eine vergleichende Darstellung. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1960. 352 S., Ln. 24,60 DM.

Der mehr oder weniger friedliche Wettbewerb, in dem die Wirtschaftssysteme in der Welt stehen, der Aufwand an Propaganda, mit dem die Vorzugswürdigkeit des eigenen Modells gepriesen wird, die Unklarheit der Begriffe, die sich bei Grundsatzdiskussionen in Wissenschaft und Politik immer wieder zeigt, dies und anderes mehr rechtfertigt eine umfassende Übersicht, in der Idee und Wirklichkeit, Modell und Praxis der Wirtschaftssysteme gegenübergestellt werden.

Professor Halm, der heute in Amerika lehrt, hat bereits 1929 einschlägige Arbeiten verfaßt und seitdem die Auswirkungen der in verschiedener Weise abgewandelten Wirtschaftssysteme, etwa unter dem Nationalsozialismus, im sowjetischen Bereich, während der „Keynes'schen Revolution“ sorgfältig beobachtet. Ausführlich und kritisch stellt er zunächst die Modelltypen des Kapitalismus, Marxismus, Liberalsozialismus und der Zentralen Planwirtschaft dar, um dann sehr konkret nachzuweisen, daß schließlich immer ein Mischsystem akzeptiert wurde und akzeptiert werden mußte. Kommt es doch heute weniger darauf an, um jeden Preis einen „reinen Typ“ realisieren zu wollen, als vielmehr das heute und hier Richtige und Systemkonforme zu tun.

Nachdem das Werk bereits in den Vereinigten Staaten mehrere Auflagen erlebt hat, kann auch die von Halm selbst besorgte Ausgabe in deutscher Sprache einer großen und dankbaren Leserschaft, nicht zuletzt unter der Wirtschaftswissenschaft studierenden Jugend, sicher sein.
Dr. Wolf Donner

OSWALD VON NELL-BREUNING
WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT
HEUTE

Band III; Zeitfragen 1955—1959. Verlag Herder, Freiburg 1960. 424 S., Ln. 27,50 DM.

Oswald v. Nell-Breuning, Sozialwissenschaftler und Jesuitenpater, ist ein Mann, der den Gewerkschaften etwas zu sagen hat. Er ist ein scharfsinniger, origineller Denker und er ist ein Freund der Gewerkschaften, auch

dann, wenn er aus seiner Sicht heraus Kritik an ihnen übt und Unbequemes sagt. Deshalb sollte er, auch wenn die eine oder andere seiner Auffassungen nicht geteilt wird, Anspruch auf unsere Aufmerksamkeit haben. Das Ohr derjenigen Gewerkschaftskollegen, die sich der katholischen Soziallehre verpflichtet fühlen, dürfte v. Nell-Breuning ohnehin haben; sicherlich wird ihm schon so mancher dankbar für geistigen Rat gewesen sein, wenn es darum ging, die katholische Soziallehre auf konkrete wirtschaftliche und soziale Situationen anzuwenden. In den Reden und Aufsätzen v. Nell-Breunings ist aber trotz der unterschiedlichen Grundüberzeugungen auch vieles der Zustimmung etwa der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder gewiß. Die Unterschiede in den Grundauffassungen sollten freilich nicht übersehen oder gar verwischt werden. Das wäre gewiß nicht im Sinne v. Nell-Breunings. Denn er ist ein scharfer Gegner des Indifferentismus, und er beklagt, daß Indifferenz und Toleranz heute so häufig verwechselt werden. Um so mehr ist er für die „in vornehmer Sachlichkeit und echter Toleranz“ geführte geistige Auseinandersetzung zwischen Menschen, die eine Grundüberzeugung haben.

So untersucht v. Nell-Breuning die von ihm behandelten grundsätzlichen und praktischen Fragen eindeutig aus der Sicht der katholischen Soziallehre. Dabei bedient er sich der neuesten Erkenntnisse der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Aber die Theorie verleitet ihn niemals zu Abstraktionen. Immer werden die gesellschaftlichen Vorgänge und ihre Zusammenhänge wirklichkeitsgerecht untersucht und anschaulich dargestellt. Klarheit der Gedankenführung und eine brillante Formulierungskraft zeichnen die Ausführungen aus.

Der vorliegende Band enthält Reden und Aufsätze des Sozialforschers aus den Jahren 1955 bis 1959; 1956 und 1957 waren bereits je ein Band mit Veröffentlichungen aus früheren Jahren erschienen. Es ist natürlich nicht möglich, hier die einzelnen Abhandlungen auch nur aufzuzählen; deshalb seien einige herausgegriffen. Nell-Breuning untersucht den Zustand unserer Gesellschaft, und er stellt fest, daß sie nicht nur eine weltanschaulich und strukturell „pluralistische“, sondern auch eine „kommerzialiserte“ Gesellschaft ist, deren Familienfeindlichkeit im Widerspruch zur katholischen Soziallehre steht. Aus der Sicht dieser Lehre macht der Verfasser auch starke Bedenken gegen die gegenwärtige Wirtschaftsordnung und den Neoliberalismus geltend. Mutig sind die beiden Vorträge über soziale Aspekte der Wiedervereinigung zu nennen, sie erregten seinerzeit viel Aufsehen und bei manchen maßgebenden Leuten Verärgerung. Fünf Beiträge befassen sich mit den Gewerkschaften, insbesondere mit dem DGB und der Stellung der Christen in ihm. Hier werden

viele Leser manches einzuwenden haben, wenn gleich anzuerkennen ist, daß viel Verständnis für die Einheitsgewerkschaften gezeigt wird. Nell-Breuning hat sich ferner sehr eingehend mit der Frage beschäftigt, wie eine bessere Vermögensverteilung möglich ist; er gehört zu den bekanntesten Befürwortern des Investivlohnes. Dieser Problematik ist deshalb in dem Band ein breiter Raum gewidmet, u. a. ist das beim 7. Europäischen Gespräch vom Verfasser gehaltene Hauptreferat zu diesem Thema sowie das dazugehörige Schlußwort abgedruckt. Weitere Aufsätze und Vorträge behandeln u. a. das Lohnarbeitsverhältnis und das Arbeitsrecht sowie die Sozialleistungsreform.

Günter Pehl

ERICH PREISER

DIE ZUKUNFT

UNSERER WIRTSCHAFTSORDNUNG

Eine Betrachtung über Kapitalismus und soziale Marktwirtschaft. Kleine Vandenhoeck-Reihe Nr. 19/19a, 3. erweiterte Auflage, Verlag Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen 1960. 107 S., brosch. 3,60 DM.

Es ist hochehrfrohlich, daß diese bekannte Schrift des Münchner Ordinarius für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nunmehr in ihrer dritten Auflage vorliegt, und es bleibt nach wie vor bewundernswert, wie es dem Verfasser auf so knappem Raum gelingt, die komplexe Entwicklung unserer Wirtschaftsordnung so klar und übersichtlich darzustellen.

Wer sich also — ohne auf langatmige Monographien zurückzugreifen — über die Kräfte und Strömungen orientieren will, die seinerzeit zum Kapitalismus führten, der wird gut daran tun, diese Broschüre vorzunehmen. Sie bringt eine wissenschaftlich einwandfreie Analyse und zeigt auch alle Schwächen des Systems sowie die Schwierigkeiten auf, die — nach der tödlichen Bedrohung durch die Weltwirtschaftskrise — schließlich zu seiner Umformung zur Sozialen Marktwirtschaft führten. Diese maßvoll interventionistische Wirtschaftsordnung hat — und auch das wird auf eindeutige Weise aufgezeigt — selbstverständlich ihre eigenen Schwierigkeiten und Probleme, so wie jede Wirtschaftsordnung überhaupt. Hoffen wir indes mit Preiser und der modernen Wachstumsforschung, daß dieselben nicht unüberwindlich sind.

Wenn — was unbedingt zu hoffen ist — der vorliegenden Schrift noch weitere Auflagen zuteil werden, dann möge der Untertitel vielleicht um das Wort „Sozialismus“ bereichert werden. Das wäre ohne weiteres möglich, und die dann vorliegende „Betrachtung über Kapitalismus, Sozialismus und Soziale Marktwirtschaft“ könnte in dieser Vollständigkeit zu einem kleinen Meisterwerk werden.

Dr. Johannes Kasnacich-Schmid

A. GHANIE GHAUSSY

DIE ROLLE DES ENERGIESEKTORS
IN DER ENTWICKLUNGSPOLITIK

Schriftenreihe: Die industrielle Entwicklung, Abt. A, Bd. 10. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1960. 212 S., Ln. 21,50 DM.

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um die Analyse eines Wirtschaftssektors unter dem Aspekt der Entwicklungspolitik. Der Verfasser stellt sich die Frage, welche Wechselbeziehungen zwischen dem Entwicklungsgrad der Energiewirtschaft und dem ökonomischen Wachstum eines Landes bestehen. Dabei liegt das Gewicht keinesfalls ausschließlich im Bereich der Industrie. Ghaussy, der bei der Untersuchung der Gründe für den gering entwickelten Energiesektor in den Entwicklungsländern feststellt, daß in den meisten Fällen Unzulänglichkeiten des Standorts der Energiequellen und Rohstofflager bei gleichzeitigem Fehlen eines hinreichenden Verkehrssystems die Ursache sind, arbeitet sehr deutlich heraus, daß Entwicklungsgrad und Form der Energiewirtschaft eines Landes mitbestimmend sind für die wirtschaftsräumliche Gliederung und damit für zahlreiche soziale Bedingungen. Das Fehlen einer eigenen ausreichenden und breit gestreuten Energieversorgung begünstigt jene Ballungen an der Küste oder an wenigen Zentren bei gleichzeitiger Vernachlässigung des Hinterlandes in technischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht.

Der Verfasser weist die Energieplanung und ihre Durchführung dem Staate zu. Er begründet das zu Recht mit dem hohen Kapitalbedarf und dem Fehlen einer kurzfristigen Rentabilität, was beides dem Privatkapital keinen Anreiz bietet. Er räumt dem Staat selbst das Recht ein, die Entwicklung des Energiesektors überproportional zur übrigen Wirtschaft voranzutreiben, weil er am ehesten in der Lage ist, Anstoß zu anderen Investitionen zu geben. In diesem Zusammenhang wendet sich Ghaussy gegen Auffassungen wie jene, die in der staatlich geplanten Energiewirtschaft eine „neue Domäne der Kollektivierung“ (*Roepke*) sehen: „In den meisten Entwicklungsländern besteht nicht die Frage, ob staatliche Interventionen ‚konform‘ oder ‚nicht-konform‘ zu sein haben, sondern vielmehr die Frage, wie überhaupt und durch welche Maßnahmen das wirtschaftliche Elend beseitigt werden kann“ (S. 165). Diese Frage unter dem Energieaspekt behandelt zu haben, ist das Verdienst des Verfassers, der viel statistisches Material und praktische Beispiele in sein Werk eingeflochten hat und nicht zuletzt eine Antwort auf die Frage zu geben versucht, auf welchem Wege die Energielücke in den Entwicklungsländern aus eigener Kraft und mit fremder Hilfe geschlossen werden kann.

Dr. Wolf Donner

BUCHBESPRECHUNGEN

HANS ASMUSSEN KRIEG UND FRIEDEN

Fromms Taschenbücher, Verlag A. Fromm, Osnabrück 1961.
114 S., kart. 3,80 DM.

Der Verfasser, ein pensionierter lutheranischer Pfarrer, wird vom Verlag als Mitglied der Bekenntniskirche und Kämpfer gegen den Nationalsozialismus vorgestellt. Er selbst bezeichnet sich im Vorwort als „politischen Laien“ und belegt dieses treffsichere Urteil mit recht laienhaften, ja dilettantischen Darlegungen zu den politischen Problemen unserer Zeit. Asmussen versucht Krieg und Frieden vom Standpunkt des konservativen Protestantismus aus zu sehen und läßt sich bei allen seinen Überlegungen von einem prononcierten und recht primitiven antikommunistischen Ressentiment leiten. Der streitbare

Autor bemüht sich um eine Rechtfertigung des Krieges und des Soldatentums und unterlegt seine Argumente mit Bibelstellen, vorzugsweise aus dem Alten Testament, denn das Neue kann seiner Meinung nach schon zugunsten des Kommunismus mißdeutet werden. Daß bei diesem theologischen McCarthyismus auch der Liberalismus, die *Gewerkschaften* mit ihren „Bossen“, *Karl Barth* und seine Anhänger, der Pazifismus und die „Bohème-Intellektuellen“ schlecht wegkommen, überrascht nicht. An einigen Stellen wirkt bei Asmussen die Sprache selbstverräterisch, so, wenn er die Demokratie als „Schibboleth“ der Alliierten anführt (S. 83) oder wenn er, mit sichtbarem Stolz auf die Vokabel, die „Bändigung“ der Presse empfiehlt. Alles in allem: mehr stockreaktionäre, ungebändigte Rancune als des Durchdenkens wertere Argumentation.
Walter Gyssling